

DEVAP-Pressemitteilung

DEVAP fordert gemeinsam mit vielen Unterstützern Pflegegipfel

Versorgungssicherheit in der Langzeitpflege ist weiterhin akut gefährdet

Der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) veröffentlicht im Rahmen des Salongesprächs „Gemeinsam in Verantwortung: Langzeitpflege sicherstellen!“ in Berlin die aktuellen Ergebnisse seiner Umfrage zur Versorgungssicherheit in der Langzeitpflege und wendet sich gemeinsam mit vielen Unterstützern an Bundeskanzler Merz und Vizekanzler Klingbeil:

Berlin, 20.11.2025 „Mit wachsender Sorge beobachten wir, dass die Erosion des Solidarsystems die gesellschaftliche Akzeptanz und Legitimität der Pflegeversicherung gefährdet. Das Versprechen, im Alter vor Armut und sozialer Not geschützt zu sein, droht zur Worthülse zu werden“, so Wilfried Wesemann, Vorsitzender des DEVAP. „Jetzt ist die Zeit, das Leistungsversprechen der Pflegeversicherung zu sichern, neue Wege und gesamtgesellschaftliche Lösungen der Versorgung in Zeiten knapper werdender Ressourcen zu finden.“

Mit einem offenen **Brandbrief** ist der DEVAP am 20.11.2025 gemeinsam und verbändeübergreifend mit einer Vielzahl von Akteuren und Betroffenen der Langzeitpflege in Deutschland an Bundeskanzler Merz und Vizekanzler Klingbeil herangetreten (Anlage). Zu den vielen Unterstützern gehören neben diakonischen Trägern und Landesverbänden u.a. auch die Ruhrgebietskonferenz, die Initiative Pro Pflegereform, der Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e.V. (VdDD), das Netzwerk SONG und die Arbeitsgemeinschaft caritativer Unternehmen (AcU). Gemeinsam wird ein **Pflegegipfel 2026** gefordert, der alle direkt und indirekt Betroffenen einbezieht, um gemeinsam eine umfassende Pflegereform auf den Weg zu bringen.

„Auch die aktuellen Ergebnisse unserer Umfrage zur Versorgungssicherheit von Herbst 2025 belegen: Die Versorgungssicherheit in der Langzeitpflege ist weiterhin akut gefährdet“, so Anna Leonhardi, Mitglied des Vorstandes des DEVAP. „Von 322 Teilnehmenden mussten 63 Prozent in den letzten 6 Monaten Leistungen aus personellen Gründen einschränken; 24 Prozent aus wirtschaftlichen Gründen. Fast die Hälfte der Träger berichten von einer Reduzierung von ambulanten Leistungen seitens der Bestandskunden. Als Gründe wurden vor allem die steigenden Zuzahlungen genannt. Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion rund um die Kürzung von Sozialausgaben und den Leistungen der professionellen Pflege ist dies besonders erschreckend, denn die Pflegestatistiken der Länder belegen, dass die Pflegebedürftigkeit steigt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Eigenanteile auch in der ambulanten Pflege nicht mehr getragen werden können. Die Folge sind pflegerische Unter- und Fehlversorgung.“

Im Rahmen des DEVAP **Salongesprächs** „Gemeinsam in Verantwortung: Langzeitpflege sicherstellen!“ am 20.11.2025 ab 18 Uhr in Berlin werden die Ergebnisse mit den Podiumsgästen und Teilnehmenden intensiv diskutiert. Auf dem Podium werden u.a. Prof. Dr. Heinz Rothgang, Universität Bremen SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Dr. Martin Schölkopf, Leiter der Abteilung 4 Pflegeversicherung und Stärkung Bundesministerium für Gesundheit, und Andreas Storm, DAK-Vorstandsvorsitzender, vertreten sein.

„Eine professionelle, ausfinanzierte und zukunftsfähige Pflege in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, so Thomas Neeb, Stellvertretender Vorsitzender des DEVAP

abschließend. „Notwendig sind Sofortmaßnahmen, wie die Überführung der Behandlungspflege in der stationären Pflege ins SGB V, die Erstattung der Coronakosten, die soziale Absicherung der Pflegenden und die Herausnahme der Ausbildungskosten aus den Eigenanteilen. Langfristig ist eine umfassende Finanz- und Strukturreform der Pflegeversicherung erforderlich. Für Gespräche stehen wir gemeinsam mit vielen Mitstreitern mit umfassender Expertise gern bereit.“

Anlage: Brandbrief „Pflegegipfel jetzt!“, 20.11.2025 an Bundeskanzler Merz und Bundesvizekanzler Klingbeil

Hintergrund zur DEVAP Umfrage Versorgungssicherheit Langzeitpflege, Herbst 2025:

Die Ad-hoc-Umfrage zur Versorgungssicherheit beantworteten insgesamt 322 stationäre Pflegeeinrichtungen und ambulanten Dienste; davon 61 Prozent aus der stationären und 39 Prozent aus der ambulanten Pflege. Die Teilnehmenden kamen vorwiegend aus Bayern (17 Prozent), Nordrhein-Westfalen (13 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (12 Prozent). Die Befragung wurde vom 01.09. bis 15.10.2025 durchgeführt.

Weitere Ergebnisse: Auf die Frage, wie sich die wirtschaftliche Situation des Trägers in den letzten 12 Monaten entwickelt hat, berichten 46 Prozent von einer Stagnation; 26 Prozent von einer Reduzierung des Leistungsangebotes und nur 28 Prozent von einem Wachstum.

Von hohen Außenständen durch die Nichtbearbeitung der Anträge beim Sozialhilfeträger berichten 60 Prozent der Träger. Bei 32 Prozent führen diese mittlerweile zu einer wirtschaftlichen Schieflage. Ein Drittel der Träger berichten zudem von Außenständen im Bereich der Investitionskosten; diese führen bei 20 Prozent der Betroffenen zu einer wirtschaftlichen Schieflage.

Kontakt: Anna Leonhardi, Mitglied des Vorstandes // 030 83001-277 // info@devap.de